

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

26.8.1931 (No. 197)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlshöhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. n. b.
Karlsruhe

Wagnispreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Betreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die neuen Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung

Der Reichswirtschaftsminister hat neue Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung erlassen, die den Landesfinanzämtern zugewandt sind und im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht werden. Die Richtlinien treten am 26. August 1931 in Kraft. Sie stellen eine Zusammenfassung der bisherigen vorläufigen Richtlinien und ihrer Ergänzungen dar, die durch die neuen Bestimmungen ersetzt werden. Neu gefaßt sind vor allem die Vorschriften über die Wirkungen der Stillhaltevereinbarungen für die Devisenverteilung, in denen die Baseler Ergebnisse Ausdruck finden. Es wird festgestellt, daß Gegenstand der Stillhaltevereinbarungen solche nicht langfristige Verbindlichkeiten deutscher Bank-, Handels- und Industriefirmen gegenüber ausländischen Banken in ausländischer oder inländischer Währung sind, die am 31. Juli 1931 bereits bestanden haben. Für alle Entscheidungen, die derartige Verbindlichkeiten betreffen, ist nur die Reichsbank zuständig. Dies gilt nicht nur, soweit es sich um die teilweise Abbedeckung handelt, sondern auch für jede Bewegung innerhalb der von der Stillhaltung betroffenen Konten und für die Übertragung von solchen Konten auf freie Konten. Die Landesfinanzämter haben Anträge und Anfragen, die sich auf solche Verbindlichkeiten beziehen, an das Reichsbankdirektorium abzugeben.

Für andere kurzfristige Verbindlichkeiten, und zwar sowohl da, wo die ausländischen Gläubiger andere Personen als Banken sind, wie da, wo ausländische Banken anderen Schuldner als Bank-, Handels- und Industriefirmen gegenüberstehen, liegt die Entscheidung bei den Landesfinanzämtern. In Härtefällen hat sich der Reichswirtschaftsminister die Entscheidung vorbehalten. Über neue Währungsguthaben eines Ausländers kann sowohl im Inland wie dem Ausland gegenüber, ohne die nach der Devisenverordnung vorgeschriebene Genehmigung verfügt werden. Der Stichlag für solche neuen oder freien Guthaben ist der 15. Juli 1931, und soweit es sich um Schuldverhältnisse zwischen den von der Stillhaltevereinbarung betroffenen Gläubigern und Schuldner handelt, der 31. Juli 1931. Eine ähnliche Behandlung erfahren die neuen Markguthaben von Ausländern. Es ist erforderlich eine Befreiung der zuständigen Industrie- und Handelskammer darüber, daß es in dem Gemeinwesen des Antragstellers im Verkehr mit seinen inländischen Lieferanten bisher handelsüblich war, Zahlungen in ausländischer Währung zu leisten.

Auf Grund der bisherigen Richtlinien erteilte Genehmigungen gelten weiter.

Die Zentrumstagung in Stuttgart Brünning und Wirth sprechen

Am Dienstag fand in Stuttgart die angekündigte Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages statt, an der auch Vertreter der Zentrumsparteien von Württemberg, Baden, Hessen und der Pfalz sowie des geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen Zentrumspartei teilnahmen.

Reichsminister Dr. Brüning und die Reichsminister Dr. Stegerwald und Dr. Wirth berichteten über die gegenwärtige Lage. Am späten Nachmittag trat die Zentrumsfraktion des Reichstages noch zu einer besonderen Sitzung zusammen, die sich mit internen Fraktionsfragen befaßte.

Bei dem parlamentarischen Abend der Zentrumspartei im Vereinshaus St. Vinzenz führte Reichsminister Dr. Brüning in einer Rede u. a. aus, daß die überreichliche Arbeit der vergangenen Wochen es den Ministern und ihm persönlich unmöglich gemacht habe, häufiger in das Land hinauszugehen. Dann hob er die Bedeutung der Besprechungen mit den verantwortlichen Staatsmännern anderer Länder hervor, die zu einer Klärung der internationalen Atmosphäre beitragen könnten. Die Welt könne nur gefunden werden, wenn eine Reihe von Maßnahmen auf internationaler Basis in dieser Zeit der größten Wirtschaftskrise erfolgen würde. Bei allen Maßnahmen der Regierung sei sie sich klar darüber gewesen, daß sie nicht von Erfolg begleitet gewesen wären, wenn das deutsche Volk in Augenblicken höchster Not keine so große Disziplin gewahrt hätte, insbesondere bei der Schließung der Banken und Sparkassen, was im Ausland zur Erhöhung seiner Achtung und seines Prestiges beigetragen habe. Diese Haltung des deutschen Volkes gebe auch die Hoffnung, daß wir getrost trotz aller Schwierigkeiten dem außerordentlich schweren Winter entgegengehen könnten. Er sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk mit den Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat und zu treffen haben wird, glücklich über den schweren Winter hinwegkommen, und daß damit endlich die Grundlage für einen Aufstieg und eine glücklichere Zukunft gegeben sein möge.

Im weiteren Verlaufe des parlamentarischen Abends ergriff auch Reichsminister Dr. Wirth das Wort. Er erklärte u. a., daß es mit der Reichsreform zur Zeit nicht so schnell gehe, wie man vielfach höre. Es sei politische Verbeugung, zu sagen, daß er mit dem Artikel 48 den Ländern den Vorschlag machen wolle. Die Reichsreform sei nur in einer ruhigen Atmosphäre möglich. Das katholische Volk im Zentrum wünsche, daß die konservativen Kreise des evangelischen Deutschland neben es treten. Der Redner wies dann auf die großen Gefahren des kommenden Winters hin und sagte, daß die Regierung alles tue, um in dem kommenden schweren Winter moralisch und materiell zu helfen, aber die Regierung könne nicht alles tun. Daher müsse neben den Staat die karitative Hilfe treten. In zwei bis drei Wochen werden die karitativen Vereine Deutschlands mit einem großen Aufbruch die Öffentlichkeit treten, Naturalien zu sammeln. Es sei somit alles vorbereitet, daß Deutschland den nächsten schweren Winter überleben könne. Ein gewaltfamer Umsturz sei im Winter nicht zu befürchten, denn die Regierung sei stark ge-

Letzte Nachrichten

Die Notverordnung für die Stats der Länder und Gemeinden

Richtlinien der Reichsregierung

M. Berlin, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Zu der Notverordnung, in der den Ländern die Ermächtigung gegeben wird, das Erforderliche für die Balancierung der Stats in Ländern und Gemeinden zu veranlassen, wird, wie wir erfahren, noch ein Rundschreiben der Reichsregierung an die Länderregierungen ergehen, in dem gewisse Richtlinien aufgestellt werden dürften. Die Reichsregierung sieht offenbar die Kontrollmöglichkeit für die Ausführung darin, daß sie Hilfe den Gemeinden nur in dem Maße leisten will, wenn dort von selbst das Notwendige geschehen sein wird.

Der Betrag von 60 Millionen, der aus der Zurückzahlung der Lohnsteuer dafür zur Verfügung steht, wird vielleicht aus anderen Mitteln erhöht werden. Ermäßigungen dieser Art schweben und sind auch in Fühlung mit den Länderregierungen geführt worden.

Die französisch-russische Annäherung

W.B. Paris, 26. Aug. (Tel.) Zu dem offiziellen Kommuniqué über die französisch-russischen Verhandlungen teilt „L'Echo" mit: Das Kommuniqué des Quai d'Orsay zeigt daß gegenseitige Verhandlungen zwischen Paris, Warschau und Moskau geführt werden zu dem Zweck, eine Wirtschaftskrise mit den Sowjets durch eine Friedensinitiative mit ihnen zu stützen. Demnach scheint die französische Annäherungspolitik an Deutschland, die in der ganzen Welt zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens für notwendig gehalten wird, durch eine gewisse Beruhigung der Sowjets gefördert werden zu müssen. Man darf nunland gegenüber nicht den Anschein erwecken, als wolle man es isolieren, wenn man es wirklich für eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Europa-Union gewinnen will.

Die Möglichkeit einer englischen Konsolidierungsanleihe in Frankreich

W.B. Paris, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Bei Besprechung der Aussichten des neuen Kabinetts weist „L'Echo" darauf hin, daß es nicht unmöglich sei, daß demnächst zwischen Paris und London Verhandlungen über den Abschluß einer Konsolidierungsanleihe aufgenommen würden.

Beginn des Deutschen Katholikentages

W.B. Nürnberg, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Die Sitzung der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begann heute nachmittags 3 Uhr mit der Missions-Parlament-Ausstellung durch den Erzbischof von Bamberg, von Hand. Bis jetzt merkt man im Innern der Stadt vom Katholikentag noch wenig. Das Ausschmücken der katholischen Häuser ist noch im Gange. Von den Häusern der Stadt und den Türmen wehen Fahnen.

Präsident D. Dr. Wolff-Nachen †

W.B. Nachen, 26. Aug. (Priv.-Tel.) Der Präsident der Rhein. Provinzialsynode, D. Dr. Wolff (Nachen), ist heute früh nach kurzem Krankenlager gestorben. Mit ihm verliert die rheinische Kirche den Mann, der sie durch das Jahrzehnt der Nachkriegszeit mit starker Hand hindurchgeführt hat.

Gandhi geht doch nach London

W.B. London, 26. Aug. (Tel.) Reuter meldet: Nachdem in einer Besprechung zwischen dem Biskop und Gandhi alle Schwierigkeiten, die einer Teilnahme Gandhis an der Londoner Konferenz am Runden Tisch entgegenstanden, aus dem Wege geräumt worden sind, wird Gandhi am 29. August nach England abreisen.

New York in Erwartung des Do. X

W.B. New York, 26. Aug. (Tel.) Das Empfangsprogramm für den „Do X" sieht das Eintreffen des Flugzeuges in New York für Donnerstag mittag vor. In Charleston wurde für die Offiziere und die Mannschaft des „Do X" eine Reihe von Festlichkeiten und Empfängen veranstaltet.

Neue Zeitungsverbote. Der „Wölflische Beobachter" (München), ist in seiner Bayern- und Reichsausgabe bis 1. September d. J. mit sofortiger Wirksamkeit verboten worden. Ebenso die in Traunstein (Oberbayern) erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Ghiemgaubote" bis zum 31. August. Das frühere Verbot bis zum 15. September war vom Innenministerium am 17. d. M. aufgehoben worden.

„Eine Revolution niederzuschlagen. Nicht eine Sekunde dürfe gezögert werden, der Gewalt mit höchster Gewalt zu begegnen. Wer die Hand erhebe, dem werde sie abgeschlagen werden. Die Regierung werde sich nicht überlassen lassen. Auch diesen Ausführungen folgte stürmischer Beifall.

* England und die Weltwirtschaft

Das neue englische Kabinett ist gestern gebildet worden; lediglich der Posten des Kriegsministers ist noch nicht besetzt. Das Kabinett umfaßt 5 Mitglieder der Arbeiterpartei, 9 Konservative und 4 Liberale. Das Schwergewicht liegt bei den Konservativen, und ihr Führer, Baldwin, ist zum Leader der Regierungsparteien im Parlament bestimmt worden. Gleichzeitig ist er Mitglied des Kabinetts.

Ministerpräsident ist Macdonald, und Schatzkanzler (Finanzminister) Snowden. Zum Außenminister wurde der liberale Lord Reading ernannt, der frühere Vizekönig von Indien, ein Mann, der in kurzer Zeit eine scharf beispiellose Karriere gemacht hat, nämlich vom einfachen Schiffsjungen zum Lord und jetzt zum Außenminister. Außen Chamberlain ist erster Lord der Admiralität geworden, Samuel Hoare, eine der markantesten Persönlichkeiten der Konservativen, Minister für Indien. Der liberale Führer Herbert Samuel hat das Innenministerium übernommen.

Das Kabinett betrachtet sich als ein mit einem ganz bestimmten Auftrag betrautes. Ist dieser Auftrag erledigt, dann will es zurücktreten und Neuwahlen des Parlaments ausschreiben. Man rechnet damit, daß das Kabinett seiner Aufgabe, der Sanierung der Finanzen, bis zum Herbst Herr werden wird, so daß dann also etwa im November die neuen Wahlen stattfinden können.

Wie das neue Kabinett seine Aufgabe anpacken will, kann man sich nach den bisherigen Veröffentlichungen ungefähr denken. Man wird eine scharfe Sparpolitik durchführen, und zwar vor allem auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Gehälter und Löhne scharfe Abstriche machen. Man hofft damit die Hälfte des Defizits, also 1,2 Milliarden Reichsmark, zu beseitigen. Wie man die andere Hälfte des Defizits aus der Welt schaffen will, darüber ist aber Zuverlässiges noch nicht mitgeteilt worden.

Natürlich ist eine Politik der Sparsamkeit das erste und wichtigste Mittel, um die Finanzen zu sanieren. Immer mehr breitet sich die Erkenntnis aus — und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in Nordamerika — daß man allenthalben, in der staatlichen und kommunalen Verwaltung wie im Privatleben über die Verhältnisse gelebt hat, und daß man sich einschränken muß.

Als der Weltkrieg vorüber war, haben die meisten Menschen geglaubt, man werde in einigen Jahren bei gutem Willen und zäher Arbeit die herrlichen Zeiten der Vorkriegsepoche wieder heraufbeschwören können, man werde wieder eine Hochkonjunktur bekommen, man werde wieder die verdienen und die ausgeben können. Man schätzte die wirtschaftlichen Verluste durch den Weltkrieg selbst viel zu niedrig ein und beunruhigte sich auch viel zu wenig um seine sonstigen Folgen, z. B. um den Anflug der Reparationen. Mit einer Rührigkeit, die an sich bewundernswürdig bleibt, begann man wieder auf der ganzen Welt zu arbeiten und zu produzieren. Aber die Sache wollte trotzdem nicht klappen.

Sehr bald zeigte sich, daß man viel zu viel produziert hatte, daß der Weltmarkt überschwemmt wurde, und daß gar nicht die Käufer da waren, um alles abzunehmen. Das Angebot an Ware war an und für sich zu groß, und die Kaufkraft hatte sich zudem erheblich vermindert oder in einer höchst unerwünschten Weise verlagert. Vermindert hatte sich die Kaufkraft oder besser gesagt die Kaufwilligkeit bei allen den Völkern, die bisher als Abnehmer der Produktion der wirtschaftlich führenden weißen Völker in Betracht kamen. Verlagert hatte sie sich bei diesen führenden Völkern selbst, und zwar insofern, als hier in einer bedauerlichen Verkennung der Umstände das Geld für überflüssige und nebensächliche Zwecke ausgegeben wurde, während man für das wirklich Wichtige nur ungerne Ausgaben machte. Der Konsum etwa des Kakao, der Bananen, der Zigaretten stieg, und der Konsum des Brotes fiel. Im Ganzen wurde keineswegs weniger ausgegeben. Wenn man das, was das deutsche Volk z. B. im Jahre 1929 für seinen Lebensunterhalt, für seinen Import ausgegeben hat, mit dem Jahre 1913 vergleicht, dann ergibt sich in der Summe kaum ein nennenswerter Unterschied.

Hinzukamen mehrere andere Momente, welche die Situation verdarben. Zunächst einmal die wachsende Konkurrenz der eben erwähnten Völker, die früher vor-

zugweise als Abnehmer der Ware der Weissen in Erscheinung getreten waren, zweitens ganz bestimmte politische Entwicklungen im Ausland, die das Exportgeschäft ruinierten, so in China und in Indien, und schließlich eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Innern, die sich von Vorstellungen leiten ließ, die schon längst völlig überholt waren, und die mit dazu beitrug, daß es der Wirtschaft immer schlechter ging.

Auch England hat in den letzten zwei Jahren diese Politik mitgemacht. Das Kabinett Macdonald wurde seinerzeit berufen mit dem Auftrag, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Faktisch hat sich aber in den zwei Jahren die Ziffer der Arbeitslosen nicht vermindert, sondern rund verdoppelt. Und, wenn auch die Wirtschaftskrise die Hauptschuld daran trägt, so ist doch die innere Politik Englands auch nicht ganz von jeder Schuld freizusprechen. Auch in England fing man in den letzten Jahren an, Wirtschaftspolitik im luftleeren Raume zu betreiben. Man wollte noch nicht recht einsehen, daß alle Maßnahmen sozialer Fürsorge nur dann durchführbar sind, wenn aus einer prosperierenden Wirtschaft auch die Mittel dazu aufgebracht werden können. Geht diese Prosperität zurück, so wird die Luft, in welcher die Sozialpolitik zu atmen hat, immer dünner. Und die Folgen kann man sich denken.

In England und in den anderen, großen und führenden Industrieländern wird man die Einsicht festzuhalten haben, daß es sich bei den jetzigen Zuständen keineswegs um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Gewiß in dieser Form wird die Weltwirtschaftskrise wohl nicht anhalten. Das akute Krankheitsstadium wird überwunden werden. Aber man glaube nicht, daß wir die schönen Zeiten der Vorkriegsepoche noch einmal erleben werden. Dazu haben sich die Verhältnisse in der ganzen Welt — nicht ohne unsere eigene Schuld — viel zu sehr verändert. Und wenn jemand in England oder in Deutschland meint, man werde bei der bisherigen Lebenshaltung bleiben können oder gar zu der Lebenshaltung der Vorkriegszeit zurückkehren, dann irrt er sich. Bei den Völkern, die immer mehr und mehr als unsere großen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auftreten, ist die Lebenshaltung viel niedriger, und die Preise dementsprechend geringer. Mit demselben Lohn, den ein englischer Arbeiter bekommt, kann man im fernen Osten mehrere Arbeiter, je nachdem 3 bis 5, und in Afrika sogar 5 bis 8 unterhalten.

Wir müssen uns alle — und voran das mächtige England — an den Gedanken gewöhnen, daß das Leben für die Bevölkerung der großen Industriestaaten schwerer geworden ist. Und demgemäß wird man sich allenthalben einschränken müssen. Die Sparsamkeit, die heute Trumpf ist, wird Trumpf bleiben. Die Völker, die diese Notwendigkeit rechtzeitig einsehen, werden in den Fundamenten ihres wirtschaftlichen Daseins unerschütterlich bleiben. Wo die Völker das nicht einsehen, wird es Revolutionen und Erschütterungen geben, an deren Ende dann entweder die Zwangsverwaltung durch andere oder der hohlewichtige Zuchtstaats à la Stalin steht.

Der frühere japanische Ministerpräsident Yamaguchi ist gestern an den Folgen der Verletzungen, die er bei einem Attentat im November 1930 erhalten hatte, gestorben.

Bei einer Schießerei in der mexikanischen Kammer, bei der mehr als 60 Schüsse abgegeben wurden, wurde ein Abgeordneter getötet, einer schwer und drei leichter verletzt.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Eisenbahnzug und Auto büßten 5 Insassen des Kraftwagens ihr Leben ein.

Belhagen & Klafings Monatshefte. Der erste Fußballroman in deutscher Sprache ist geschrieben. Sein Verfasser nennt sich Leopold Tscherner und beginnt das spannende, auch in seiner seelischen Entwicklung reiche Werk im Septemberheft von **Belhagen & Klafings Monatsheften** zu veröffentlichen. Dieser Roman, „Die Grüne Esel“, bildet das moderne Gegenstück zu der behaglichen Epik einer Novelle von Gerhart Hauptmann, einem heiteren Werk, das keine Alterszüge aufweist. Eine lustige Kriminalgeschichte, „Mann über Bord“, von Heinrich Taden, muntere Klavierszenen von Ebschmid über die Kunst, ein Hotel zu führen, von Voudhoff über Kundendienst und von andern Mitarbeitern über die Heirat, angeht, über Caruso als Karikaturzeichner wetteifern mit den illustrierten Beiträgen und den zahlreichen Kunstbeilagen in dem Bestreben, dem Leser Freude zu machen. Die Sammlung Schloß Hohenzollern zeigt hier zum erstenmal farbige Auslese aus ihren reichen Beständen an klassischem Gemälden. Zum erstenmal wird die großzügige Anlage des Grüngürtels um Köln geschildert und in farbigen Abbildungen dargestellt. Zum erstenmal erzählt Ernst Udet ausführlich von den Abenteuern seines Afrikafluges und veröffentlicht eine Anzahl seiner besten Photographien. Ein geschichtliches Thema, das höchst aktuell ist, behandelt der Heidelberger Historiker Professor Dr. W. Andreas: Sternenglaube und Zeitenwende. In die Geheimnisse der Haute Finance läßt uns ein Anonymus blicken.

Elegante Welt. Ein Führer, der den Weg durch das vielbeschlungenen Labyrinth der Mode zeigt, ist die „Elegante Welt“, deren neuestes Heft soeben erschienen ist. Man wird darin über die geheimen Zusammenhänge aufgeklärt, die zwischen der gestrigen und der morgigen Mode bestehen; und diese Zusammenhänge vermitteln das rechte Verständnis für das kommende Neue. (Verlag Dr. Sells-Engler, Berlin.)

Der Wohnungsaustausch nach der neuesten Rechtsprechung. Von Landgerichtsrat Adolf Lilienthal, Berlin. In übersichtlicher und erschöpfender Weise behandelt der allseitig als sachkundiger Bearbeiter bekannte Verfasser die für jeden am Wohnungsaustausch Interessierten wichtigen Fragen. Preis kartoniert 1,20 RM. Verlag der Grundstücksvertriebe, Berlin-Charlottenburg 2.

Die Notverordnung zur Sicherung der Länder- und Gemeinden-Haushalte

Die am 24. August vom Reichspräsidenten in Dietrichszell unterzeichnete Verordnung zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden hat folgenden Wortlaut:

1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von den bestehenden Landesgesetzen abweichen.

2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbänden) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.

Die Reform des Zivilprozessrechts

Der Inhalt des Referentenentwurfs

Der vom Reichsjustizministerium veröffentlichte Entwurf einer neuen Zivilprozessordnung, dem lediglich die Bedeutung einer Referentenarbeit zukommt und für das Reichsjustizministerium keineswegs maßgebend ist, stellt in 1028 Paragraphen eine Kodifizierung des gesamten Zivilprozessrechts unter Einschluß der früheren Reformen und Verwertung der Erfahrungen der letzten Jahre dar. Für die Verfassung des Entwurfs war die Ermöglichung maßgebend, daß die Mehrzahl der Bestimmungen der genannten Novelle sich in der Praxis durchgesetzt hat und in dem gleichen Geiste weitere Änderungen, die auf der grundsätzlichen Entwicklung unseres Staatslebens beruhen, vorgenommen werden müssen. Der neue Entwurf stellt demnach das **amtserichterliche Verfahren** als die am meisten bedürftige Prozessart in den Mittelpunkt. Den Grundgedanken bildet die **Ämterität des Richters** im Sinne einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft zwischen Richter und Parteien. Weiter behandelt der Entwurf Bestimmungen über die Verschleppung von Beweisakten, über das Güterverfahren, das in den Prozeß eingetragene werden soll, den Zwang zur nicht nur formalen Verurteilung, den Grundsatzen der erhöhten Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme vor dem Prozeßgericht und die Notwendigkeit der schriftlichen Vorbereitung jedes neuen Vorbringens vor dem Kollegialgericht. Der Parteivollzug soll künftig nicht mehr als Beweismittel dienen, sondern an seine Stelle soll nach dem Ermessen des Richters im Interesse der Feststellung des tatsächlichen Sachverhalts die eidliche Parteivernehmung treten. Für besonders dringend halten die Verfasser des Entwurfs eine Reform des Vollstreckungsverfahrens.

Jugendherbergen und erwerbslose Jugend

Die Frage der Aufnahme von erwerbslosen Gästen in den Jugendherbergen beschäftigte die letzte Verwaltungsausschussung des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen in besonderem Maße. Der Verband betrachtet ebenso wie andere Volksgenossen mit großer Sorge die Auswirkung der Erwerbslosigkeit besonders auf die Jugendlichen. Er hält es für seine Pflicht, im Sinne des Jugendherbergengedankens und nach seinen Kräften dazu beizutragen, daß die unfreiwillige Freizeit in einer die jugendlichen und erwachsenen Wanderer fördernden Weise verwendet wird. Gleiches ist er aber der Auffassung, daß zur Hilfe für die langfristigen erwerbslosen Wanderer und in nicht geringem Maße gefährdeten Jugendlichen eine möglichst enge Zusammenarbeit öffentlicher und freier Stellen der Jugendwohlfahrt dringend notwendig ist. In dem Willen, die **Kostlage wandernder Erwerbsloser** zu erleichtern, ermächtigt er seine Gaue, alle im Hinblick auf das Jugendherbergewesen vertretbaren Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche und Verbandsmitglieder durchzuführen. Insbesondere wird beschlossen, den erwerbslosen erwachsenen Mitgliedern, sofern sie ihre Erwerbslosigkeit glaubhaft nachweisen können, das Kopfgeld für Übernachtung auf die Höhe des Kopfgeldes für Jugendliche herabzusetzen. Ferner sollen geschlossene Gruppen bei der Einfuhr in den Jugendherbergen Erleichterungen genießen, die Beiträge gestundet und unter Anwendung der Selbsthilfe innerhalb der örtlichen Stellen aufgebracht werden. Die erforderlichen Maßnahmen sind in der Zwischenzeit durch die Gaue bereits eingeleitet worden, so daß die erwerbslosen Wanderer schon jetzt in den Genuss der Vergünstigung kommen.

Um von den Jugendherbergen unerwünschte Gäste fernzuhalten, wird vom 1. Jan. 1932 an die Gesamtzahl der Übernachtungen für Einzelwanderer auf 42 im Jahr beschränkt und das Recht der Aufenthaltsbauer für Einzelwanderer auf zwei Nächte festgesetzt. Außerdem soll ein besonderer, von der Mitgliedsliste getrennter Merkmalsausweis für die mehr als Zwanzigjährigen eingeführt werden.

Die vernichtenden Folgen der Holzeinfuhr

Im „Holzanzeiger“, dem Beiblatt des Deutschen Forstwirtschafts, wird darauf hingewiesen, daß jährlich vier bis fünf Milliarden Reichsmark ins Ausland wandern für Erzeugnisse, die das eigene Land zum großen Teil selbst herzugeben vermag, so in erster Linie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft. Während immer weitere Mengen ausländisches Holz nach Deutschland hereinströmen, liegen in den süddeutschen Staats-, Gemeinde- und Privatwaldungen noch Hunderttausende Kubikmeter wertvolles Nadelstammholz und drohen der Wertverminderung und dem Verberb zu verfallen. Die Wald- und Holzwirtschaft ist in größter Gefahr, unter dem Druck der ausländischen Holzeinfuhr zusammenzubrechen. Deutsche Rohholzer finden selbst zum halben Vorkriegspreis keinen Abnehmer, während gleichzeitig täglich etwa eine Million Reichsmark für ausländische Hölzer unserer Volkswirtschaft verloren geht. Im Jahr 1930 nahmen die deutschen Papierfabriken rund 10 Millionen Kubikmeter Papierholz auf, davon 6 Millionen Kubikmeter aus dem Ausland. Schon damals stieß der Absatz des deutschen Papierholzes auf allgrößte Schwierigkeiten. Das einheimische Holz wäre weit unter Vorkriegspreis zu haben. Trotzdem findet es keinen Abnehmer, während zu gleicher Zeit die deutschen Papierfabriken sich mit teurem ausländischem Papierholz eindecken.

Doktor der technischen Wissenschaften an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Durch Verfügung des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts ist der Technischen Hochschule das Recht verliehen worden, zum **Doktor der technischen Wissenschaften** (Dr. rer. techn.) zu promovieren. Damit ist auch in dieser Richtung die Karlsruher Hochschule anderen Technischen Hochschulen Deutschlands gleichgestellt. Im Gegensatz zum Doktor-Ingenieur (Dr.-Ing.) ist der Dr. rer. techn. für Leistungen bestimmt, die nicht als ausgesprochen technisch zu bezeichnen sind, z. B. kann er an Lehramtskandidaten oder Wirtschaftswissenschaftler verliehen werden.

Der Herbst-Flugdienst 1931 der Deutschen Luft Hansa

Am 1. September tritt für sämtliche europäischen Luftverkehrs-Gesellschaften der Herbstflugplan in Kraft. Der Flugplanwechsel erfolgt, um das Liniennetz den in der sommerlichen Hauptverkehrszeit veränderten Verkehrsbedürfnissen anzupassen und um auf vielen Linien die Flugzeiten der verkürzten Tagesspanne anzugleichen, so auch auf den Strecken Freiburg-Stuttgart, Freiburg-Konstanz und Freiburg-Baden-Baden-Karlsruhe-Mannheim-Frankfurt a. M. Die Luft-Hansa vermittelt den Verkehr nach 26 ausländischen Großstädten; gleichzeitig behalten 39 deutsche Städte Anschluss an das internationale europäische Luftnetz.

Neben 41 Strecken mit Passagierbeförderung hält die Luft-Hansa auch auf fünf Spezialstrecken den Post- und Güterschnelldienst nach England, Holland, Skandinavien und den Balkanländern aufrecht, da erfahrungsgemäß gerade in den Herbstmonaten die Frachtförderung erheblichen Umfang annimmt. Während des Monats September beträgt die tägliche Flugleistung der Luft-Hansa-Flugzeuge rund 40 000 Kilometer.

Im Verkehr nach dem Auslande werden nach wie vor gute, zeitparende und teilweise sogar mehrmalige Verbindungen während des Tages aufrecht erhalten, ebenso bieten sich im innerdeutschen Verkehr weiterhin sehr günstige Reisemöglichkeiten. Auf den Strecken Berlin-Köln-Paris sowie Berlin-Königsberg-Moskau bzw. Leningrad wird der Sonntagflugdienst bis Ende September durchgeführt. Als besonders wertvoll erweist sich in den kommenden Monaten die **Nachtbefahrung** auf den großen internationalen Linien Berlin-London und Berlin-Paris, so daß man bei der Flugplanung für diese Strecken auf die Verkürzung der Tagesspanne keine Rücksicht mehr zu nehmen braucht. Die bereits im Sommer gegenüber dem Vorjahre erheblich verbilligten Tarife bleiben weiterhin in Kraft. Die zu Beginn des Jahres eingeleitete Senkung der Personentarife hat in den ersten sieben Monaten trotz der allgemeinen Wirtschaftskrise erfreulicherweise die Passagierzahl gegenüber dem Vorjahre um rund 5 Proz. gesteigert. Ab 1. September werden für einige Linien die Flugpreise erneut ermäßigt. Die im Herbstflugplan gebotenen günstigen Reisemöglichkeiten für Passagiere und die ausgedehnten Fracht-Schnellverbindungen werden im Hinblick auf die niedrigen Flugpreise hoffentlich auch weiterhin zu einer Zunahme der Beförderungsleistungen im Personen- und Güterflugdienst beitragen.

Bülow-Platz-Morde aufgeklärt. Die Ermordung der zwei Polizeioffiziere am Bülow-Platz ist, wie die Polizei mitteilt, restlos geklärt. Von den in dieser Angelegenheit Verhafteten steht bei fünf zweifellos fest, daß sie am Bülow-Platz geschossen haben.

Kommunisten vor Gericht. Wegen der Ausschreitungen, die am 24. Heim in Neumünster am 30. Juli verübt worden waren, wurden gestern 5 Kommunisten zu insgesamt 33 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter, der frühere Stadtrat Greve, wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. — **Zu erneuten politischen Zusammenstößen** kam es gestern abend zwischen Jung-Stahlhelmern und SA-Leuten auf der einen und Reichsbannermitgliedern auf der anderen Seite. Bei der Schlägerei, bei der man mit Stöcken aufeinander losging, wurde ein Nationalsozialist erheblich verletzt. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Badischer Teil

Gesandter Honold 50 Jahre alt

Der badische Gesandte in Berlin, Franz Haber Honold, ein Sohn der Baargemeinde Niedböhlingen, ist am 28. August 50 Jahre alt geworden. — Franz Haber Honold ist der Sohn des 1923 verstorbenen Badenspieler Honold in Niedböhlingen. In Sasbach und in Konstanz verbrachte er seine Gymnasialzeit und wandte sich dann dem Studium der Rechtswissenschaft zu. Nach Besuch der Universitäten Freiburg und München begann Honold seine Tätigkeit als Rechtsanwalt auf dem Büro seines Vellensinger Landmanns Konstantin Fehrenbach, des verstorbenen Reichsänglers. Der Krieg erweiterte den Aufgabenteil und im Jahre 1926 vertrat er seine Anwaltspraxis am Oberlandesgericht in Karlsruhe mit dem Gesandtschaftsposten in Berlin, den Baden ihm zur besseren Wahrung der Interessen des Landes übertrug. Der Verein der Badener in Berlin zählt Honold zu seinen rührigsten Mitgliedern und mancher badische Gelehrte, Künstler und Dichter erfährt durch ihn eine willkommene Förderung. Auch seine engere Heimat ist von ihm nicht vergessen worden, und an der Verwirklichung der für die Saar so wichtigen Autolinie Donaueschingen-Schaffhausen hat er wesentliche Verdienste.

Dr. Brünig über Baden

In seiner in Stuttgart gehaltenen Rede am Reichstanzlet Dr. Brünig auf die Finanzlage der Länder zu sprechen und sagte dabei u. a.: Württemberg und Baden hätten den Mut aufgebracht, unpopulär zu sein und sich selbst zu helfen. Andere Länder redeten viel über die Bedeutung des Föderalismus und seien selbst letzten Endes doch die Totengräber dieses Systems, wenn sie nicht den Mut zum Sparen aufbringen und ihre eigenen Finanzen endlich in Ordnung halten. Mit der **Übertragung in den Gemeinden** und sonstigen öffentlichen Körperchaften müsse endlich rücksichtslos Schluss gemacht werden.

Tagung der waldbesitzenden Gemeinden

Auf Anregung der Forstämter Sulzburg und Oberweiler fanden sich die Vertreter der waldbesitzenden Gemeinden der beiden Forstbezirke zu einer Besprechung zusammen, um Fragen des Holzverkaufs, der Holzwirtschaft usw. zu behandeln. Der Vertreter des Badischen Waldbesitzerverbandes, Forstrat Frei, referierte über die deutschen Holzpreise. Hauptächlich die starke Zufuhr von ausländischem Holz sei Schuld daran, daß das deutsche Holz so billig sei. Viel Aussicht, größere Holzmengen nach der Schweiz und nach Frankreich abzugeben, bestesse nicht, da auch diese Länder mit billigem russischem, polnischem und finnischem Holz überflutet seien. Der Referent rief dringend zu **Siebesbeschränkungen** und empfahl einen noch engeren Zusammenschluß der waldbesitzenden Gemeinden, die ihr Holz lediglich durch Vermittlung des Badischen Waldbesitzerverbandes verkaufen sollten.

Im Verlaufe der Aussprache wurden von verschiedenen Rednern die hohen Fuhrkosten bemängelt. Von anderen Rednern wurde der Zusammenschluß der Gemeinden zum Zweck eines einheitlichen Nadelstammholzverkaufes gefordert. Man hofft, schon am 1. Oktober den neuen Verband gegründet zu haben, vorausgesetzt, daß alle Waldbesitzer mitmachen.

Landesversicherungsanstalt Baden

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Baden ist mit seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1930 vor wenigen Wochen an die Öffentlichkeit getreten. Die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse spiegelt sich in diesem Bericht sehr deutlich. Die Beitragseinnahmen erfuhr eine Verringerung von rund 2 852 000 RM, gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamteinnahmen betragen rund 39 154 000 RM. Diefen standen an Ausgaben gegenüber rund 37 705 000 RM. Somit betrug rein rechnungsmäßig der Überschuss rund 1 449 000 RM. Da aber die außerordentlichen Einnahmen mit rund 1 600 000 RM nicht erwirtschaftet wurden, bringt das Jahr 1930 in Wirklichkeit einen Betriebsausfall von rund 217 000 RM.

Eine nähere Betrachtung der Einnahmen aus dem Verkauf der Beitragsmarken bietet ein ganz interessantes Bild. Da ist zunächst die schon erwähnte Mindereinnahme. Hingru kommt aber — und das ist das Wesentliche —, daß neben dem Rückgang der Gesamtzahl der verkauften Marken gleichzeitig ein Rückgang in der Lohnklassenhöhe zu verzeichnen ist. Zwei Ursachen können hierfür angeführt werden: Einführung von Kurzarbeit in härterer Weise und dann eine allgemeine Senkung des Lohnniveaus überhaupt. Damit ist allen denen Städten und Kreisen, die kein Sinken der Lohnhöhe anerkennen wollen, der Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung erbracht.

Die Ausgaben Seite weist eine Steigerung auf, und zwar nach der sachlichen, wie auch nach der verwaltungsmäßigen Seite. Bei Renten- und Heilverfahren beträgt diese Steigerung gegenüber 1929 ein Mehr von 29 Ppf. pro Hundert Reichsmark Einnahme, bei den Verwaltungskosten ein Mehr von 1,33 RM. Ein geringer Teil entfällt jedoch nur auf reine Personalkosten, der übrige Teil auf verwaltungsrechtliche Ausgaben, die infolge Gesetzesänderung usw. notwendig wurden. Die Zahl der Verbeisetzungen und der neu eingegangenen ist die Zahl der endgültig festgesetzten Renten um 800 gestiegen.

Ganz interessant ist auch die Zusammenstellung über die Ursachen der Invalidität der 1930 zugegangenen Rentenanträge und Rentenempfänger. Neben der Vollendung des 65. Lebensjahres spielten Lungentuberkulose und sonstige Lungenerkrankungen die größte Rolle. Es folgen dann Erkrankungen des Herzens und der Hauptschlagadern. Eine, leider Gottes, hohe Zahl weisen auch die Geschlechtskrankheiten auf. Auf Berufsgruppen verteilt, stellen Industrie und Baugewerbe die meisten Rentenanträge. Die Verteilung der Geschlechtskrankheiten bei Heilverfahren nach den einzelnen Amtsbezirken gibt ein überraschendes Bild. Von 188 Fällen entfallen auf Karlsruhe allein 94, dagegen auf Mannheim nur 8. Einige Randbezirke sind noch von dieser Seuche verschont, wenigstens erscheinen sie noch nicht in dieser Aufstellung. Die Meldungen bei den Beratungsstellen haben ebenfalls eine Zunahme zu verzeichnen. Von den 4519 Gemeldeten sind 2786 als krank befunden worden. 459 Geschlechtern getrennt sind es 1514 Männer, 1043 Frauen und 57 Kinder. Eine furchtbare Sprache!

Zu erwähnen bleiben noch die ärztlichen Berichte der Hilfsstation Friedrichsheim, Auisenheim, Nordrach und Kirchhalde bei Dürheim. Manchen Patienten konnte Hilfe und Gesundheit wiedergegeben werden, vielen brachte die Heilbehandlung Linderung und Besserung ihrer Leiden. Aus dem ganzen Geschäftsbericht klingt eine Ansumme menschlichen Glanzes und Lebens heraus, aber auch der ernsthafte Wille, Hilfe zu bringen. Das Bestreben der Anstalt, den Kranken und Leidenden Hilfe zu bringen, ist weitestgehend gelungen. Die Heilanstalten sind zum Teil Mutteranstalten mit vorzüglicher Leitung. Möge das Jahr 1931 im Willen, helfen zu können, seinen Vorgängern in nichts nachstehen!

Gemeindeeumbau Die Finanzlage der Gemeinden

Der Bürgerausschuß Hohenheim genehmigte den Voranschlag für 1931/32 mit den vorgesehenen Umlagefähigen von 1,30 RM aus Grundvermögen (um rund 15 Ppf. gesenkt), aus Betriebsvermögen 50 Ppf. und aus Gewerbeertrag 9,30 RM. Durch die Umlageerhöhungen werden im ganzen 217 000 RM aufgebracht. Dieser Summe stehen 250 000 RM für soziale Lasten (Wohlfahrts- und Erwerbslosenfürsorge usw.) gegenüber. Der Rest des 741 000 RM betragenden Gesamtbedarfs wird durch Einnahmen gedeckt.

Zum Ausgleich des Fehlbetrags im Voranschlag (60 000 RM.) der Gemeinde Brühl werden von der Staats- und Aufsichtsbehörde neben einer Reihe von Kürzungen und Änderungen im Etat folgende Selbsthilfemaßnahmen für nötig erachtet: 1. Erhöhung der Biersteuer um weitere 50 Proz., Erhebung einer Bürgersteuer für das Rechnungsjahr 1931 in dreifacher Höhe, Einführung einer Iprozentigen Getränkesteuer ab 1. Oktober 1931 nach vorgeschriebener Steuerordnung, Erhöhung bzw. Wiedereinführung verschiedener anderer Gebühren. Der Gemeinderat hat diese Vorschläge samt dem ausgeglichenen Voranschlag abgelehnt. Gegen die bezirksrätliche Festsetzung einer Umlage für die Bekämpfung einer Apparatur der Verbandsabteilung Ladenburg wird Refus beim Ministerium des Innern erhoben, da die Gemeinde den Anteil nicht zu zahlen vermag.

Zur Deckung des Fehlbetrags von 47 000 RM. im Haushalt der Gemeinde Dieheim (Ami Wiesloch), wurde die Einführung der Biersteuer, der Bürgersteuer und einer Umlage beschlossen. Die Umlage beträgt für das Grundvermögen 132 Ppf., für das Betriebsvermögen 51 Ppf. und für den Gewerbeertrag 952 Ppf.

Der Gemeinderat Zell i. W. genehmigte den Voranschlag für das Jahr 1931/32, der an Einnahmen 291 800 RM, an Ausgaben 463 628 RM vorsieht. Zur Deckung des Fehlbetrags von 171 828 RM muß die Biersteuer um 100 v. H. erhöht und die Bürgersteuer mit dem doppelten Landesfuß eingeführt werden.

Die schwierige Finanzlage der Stadt Singen a. S. hat den Bürgermeister Dr. Kaufmann veranlaßt, bei der badischen Regierung eine Unterstützung durch das Land aus dem Lastenausgleichsstock und den für die Wohlfahrtsfürsorge bereitgestellten Mitteln zu beantragen. Reichs- und badisches Notgesetz haben den einen Fehlbetrag von 12 612 RM aufzuweisen. Der Voranschlag illusorisch gemacht. Die Stadt Singen verzeichnet bereits per 31. März 1931 ein Defizit von 323 100 Reichsmark, davon 106 000 RM Mehrausgaben auf den Wohlfahrtsstock, 80 000 RM Steueranfall an Grund- und Gewerbesteuer, 38 000 RM Zinsdifferenz durch den erhöhten Reichsbankzins, weitere 35 000 RM Mindereinnahmen an Abweismarksteuer, 38 000 RM Lehrervertrag für die Volksschulen usw. Die neuen Steuern, wie die Getränkesteuer, Biersteuer, ferner die Gehaltsföhrungen haben nur 90 000 RM eingebracht, so daß der effektive Fehlbetrag einstuellen 233 000 RM beträgt.

Aus der Landeshaupstadt

D3. Zusammenschluß von Karlsruhe und Durlach? Die gegenwärtige Notlage der Städte hat den schon seit längerer Zeit bestehenden Plan eines Zusammenschlusses von Durlach mit Karlsruhe wieder in den Vordergrund treten lassen. Wie bekannt wird, hat der Durlacher Stadtrat vor einiger Zeit sich mit der Zusammenschlußfrage befaßt und der Stadtverwaltung den Auftrag zu einer unverbindlichen Föhrungnahme mit Karlsruhe gegeben. Anfang September dürften die ersten unverbindlichen Besprechungen über die Vereinigung der beiden Städte stattfinden. Der Durlacher Gemeinde-Bürgerverein hatte schon vor einigen Wochen anläßlich einer Versammlung mit großer Mehrheit der Meinung Ausdruck gegeben, daß ein Zusammenschluß der beiden Städte angestrebt werden soll.

Verföhrung von Unterstützungsbedürftigen. Die Tatsache, daß die Zahl der Unterstützungsbedürftigen in Karlsruhe stark zunimmt, hat zu einer genaueren Untersuchung der Verhältnisse der Fürsorgebedürftigen geführt. Dabei wurde festgestellt, daß zahlreiche Unterstützungsbedürftige nach Karlsruhe kamen, in einem Zeitpunkt, in dem der Bedürfnisfall schon eingetreten war. In einigen Fällen konnte festgestellt werden, daß es sich um regelrechte Verföhrungen von Unterstützungsbedürftigen handelt. So wurde ein 25jähriger Fürsorgeempfänger mit Frau und vier Kindern vom Bürgermeister der Gemeinde B. dadurch nach Karlsruhe abgeschoben, daß der Bürgermeister in Karlsruhe eine Wohnung mietete und die drei ersten Monatsraten dafür bezahlte sowie die Umzugskosten übernahm. In einem anderen Falle bewerkstelligte der Bürgermeistervertreter der Gemeinde S. die Überföhrung eines in Not geratenen Gastwirts samt Familie nach Karlsruhe.

Badisches Landestheater. Das Badische Landestheater eröffnet am 9. September wieder den Spielbetrieb mit Goethes „Götter der Verlöhrungen“. Dieses Schauspiel bildet zugleich den Auftakt für das Goethe-Jahr 1932. Die Oper kommt mit der Erstaufföhrung von Richard Strauß „Die Frau ohne Schatten“, neben diesem Werk erscheinen zu Beginn neuentstündigt „Die Entföhrung aus dem Serail“ von Mozart, und „Der fliegende Holländer“ von Wagner, und die Wiederholung der „Salome“. Als Singspiel wird „Im weissen Rößel“ gegeben — aus dem bekannten Lustspiel neu hergerichtet von Hans Müller und dem Komponisten Ralph Benatzky. Die Eintrittspreise sind auf allen Gebieten wesentlich herabgesetzt. Dies Entgegenkommen wird das Publikum zu würdigen wissen. Veränderungen im Personal sind kaum eingetreten. Für die ausgeschiedene erste Heldin, Fräulein Schreiner, ist Fräulein Dorothe Erhardt vom Stadttheater Krefeld eingestellt worden, für den jugendlichen Helden Gerhard Juit kommt Joachim Ernst vom Stadttheater Würzburg, als erste Salondame Lola Erwig vom Intimen Theater Nürnberg. In der Oper wird für den verwaisten Posten des zweiten Iphigenen Tenors Karl Friedrich eingestellt, der frisch vom Konservatorium in Wien kommt.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Das sich größter Beliebtheit erfreuende Singspiel „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren“, von Rabmond, wird heute abend wiederholt. Beginn der Vorstellung 20 Uhr.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Eine gestern über Frankreich gelegene Zyklone ist sehr rasch nach Osten gewandert, so daß wir schon heute in den Bereich der polaren Kaltluft gelangt sind, die im Rücken der Zyklone über England mit Regenböen nach Süden vorröcht. Mit dem Kaltlufteinbruch hat außergewöhnlicher fröhrlicher Anstieg des Barometers um 14 Millimeter innerhalb 14 Stunden eingestuft. Ein im Westen nachfolgendes Hochdruckgebiet wird daher ebenfalls nach Mitteleuropa ziehen, womit Beföhrung zu trockenem und heiterem Wetter für mehrere Tage in Aussicht steht. Voraussage: Heiter und trocken, noch ziemlich kühl, in Niederungen Fröhnebel, schwache, nördliche, später östliche Winde.

Wasserstände: Waldshut 401 minus 3, Basel 283 minus 2, Schusterinsel 300, unberändert, Kehl 430 minus 6, Rarau 642 plus 27, Mannheim 549 plus 15, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Brände in Baden

D3. Bernersbach bei Forbach, 25. Aug. Gestern brach in dem Ökonomiegebäude des Bädermeisters Ernst Wunsch Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit auf den Dachstuhl des Wohnhauses übergrieff. Der Gebäudeschaden beträgt 8-10 000 RM, der Sachschaden 5000 RM. Unter dem Verbot der Brandstiftung wurde der Brand der im zweiten Stock wohnhaften Rosa Wunsch vorläufig in Haft genommen.

W3. Fullendorf, 26. Aug. Heute früh entstand in dem Mühlenwerk der fröhrerit Genossenschaftsmühle des Bauernvereins Winterjulgen und Oberboshafel ein Feuer, das sich auf die Mühle, das angebaute Wohnhaus und die sogenannte Vorratskammer ausbreitete. In wenigen Stunden war der gesamte Gebäudekomplex in Asche gelegt. In der Mühle verbrannte eine große Menge lagerndes Getreide. Ein Teil der Fahrnisse sowie das Mobiliar konnten gerettet werden. Das erstickliche, neu eingerichtete Mühlenwerk fiel dem wütenden Feuer vollständig zum Opfer. Der Sachschaden beträgt 20 000 RM, der Gebäudeschaden mit Mühleneneinrichtung wird auf etwa 80-100 000 RM geschätzt. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet.

W3. Billingen, 25. Aug. Heute früh brach im Schuppen des Sattlers Konstantin Wullich in Erdmannweiler Feuer aus, das sich rasch ausbreitete und das ganze Wohngebäude vernichtete. Die Feuerwehren mußten sich auf die Rettung der angrenzenden Gebäude beschränken. Brandursache und Schadenhöhe konnten noch nicht festgestellt werden.

W3. Donaueschingen, 25. Aug. In einem Wohnhause in Engen, das wegen Nichtzahlung der Miete geräumt werden mußte, brach Feuer aus. Der Dachstuhl und eine Scheune wurden vernichtet. Der Schaden wird auf 8000 RM beziffert. Es wird Brandstiftung vermutet.

W3. Mannheim, 25. Aug. Der Raubüberfall, der in der Nacht zum 18. d. M. im 65. Sandgann in Waldhof auf einen dort wohnhaften 88 Jahre alten pensionierten Bahnenbeamten ausgeföhrert wurde, hat seine Aufklärung gefunden. Als Täter wurden am Montag ein 20 Jahre alter Tagelöhner und ein 22 Jahre alter Schmied, beide auf dem Waldhof wohnhaft, durch die Kriminalpolizei festgenommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert. Sie haben die Tat bereits eingestanden.

W3. Kleinföhrbach (bei Forzheim), 25. Aug. Die Opfer der furchtbaren Bluttat in der Nacht auf Sonntag wurden am Dienstagmittag unter großer Teilnahme der ganzen Gemeinde beerdigt. Aber die Familie Schöllhammer und die

Umstände, welche zu dem schrecklichen Verbrechen föhrten, wird noch mitgeteilt: Schöllhammer, genöht im allgemeinen, den Ruf eines fleißigen und tüchtigen Menschen. Er war als Installateur, allerdings nur noch an zwei Wochentagen, in Forzheim beschäftigt. An den übrigen Tagen ging er zu Hause seinem Handwerk nach. Von Streitigkeiten in der Familie war den Nachbarn nie etwas aufgefallen, weil Schöllhammer ängstlich besorgt war, nach außen hin als ordentlicher Familienvater zu gelten. Seit etwa zwei Jahren war aber in seinem Wesen eine große Unruhe zu beobachten. Die häusliche Eintracht war nicht immer die beste gewesen. Schöllhammer hatte gegen Frau und seine älteste Tochter wiederholt Drohungen ausgesprochen. Aber die Hintergründe der Tat ist aber immer noch ein Schleier gebreitet. Wie man hört, hat die 19jährige Tochter vor zwei Jahren ein Kind geboren, das nach Vermutungen von Schöllhammer gestammt haben soll. Seit jener Zeit soll er gefürchtet haben, daß die Sache rüchbar würde. In innerster Bedrängnis habe er dann die Verzweiflungstat begangen.

W3. Bruchsal, 26. Aug. Der Minister des Innern hat mit Erlaß vom 20. August 1931 mitgeteilt, daß er eine Beihilfe zur Behebung der durch das Hochwasser entstandenen Schäden nicht in Aussicht stellen kann, da Mittel hierfür nicht zur Verfügung stehen. Falls sich in der Folgezeit die Möglichkeit einer Entschädigung ergeben sollte, werde er auf die Anträge der Stadtverwaltung Bruchsal zurückkommen. Die vom Kreis-Schulamt beantragte Einführung des obligatorischen Handfertigkeitsunterrichtes in den fünf oberen Klassen der Volksschule wurde in Abereinstimmung mit dem Staatsrat durch Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt abgelehnt, ebenso die Einrichtung der Zentralheizung für die Turnhalle am Friedrichsplatz.

D3. Durlach, 26. Aug. Wegen Verdachts des Bergehens gegen das Schußwaffengesetz wurde bei fünf Angehörigen der NSDAP in Durlach eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Bei ihnen wurden 5 Pistolen und 100 Patronen beschlagnahmt. Das Strafverfahren ist im Gange.

W3. Iffezheim, 25. Aug. Der dritte Renntag der Baden-Badener Rennwoche litt stark unter der wechselvollen Witterung, so daß der Besuch der Iffezheimer Rennbahn sehr schwach war. Die Franzosen konnten in der Hauptprüfung des Tages, dem Zukunftsrennen, mit Herrn M. Bouffard-Rando einen großen Erfolg erzielen. Rando, von dem ausgerechneten französischen Jockey Elliot geschickt geritten, nahm nach dem Einbiegen in die Gerade die Spitze, nachdem das Siebenerfeld bis dahin dicht zusammen war. Der Franzose ritt an dem führenden Wappenschild vorbei in Front und gewann sehr sicher mit zweieinhalb Längen Vorsprung vor Wappenschild, während der Gradiker Lord Nelson und der Weinbergische Janus auf den nächsten Plätzen folgten. Bei dem schweren Geläuf blieben die Überföhrungen am dritten Tage nicht aus. Das Sachsen-Weimar-Rennen konnte Orion unter dem Jockey H. Schmidt im Endkampf sicher gewinnen. H. Schmidt konnte im Dos-Ausgleich mit Ghantilly einen weiteren Sieg erringen, so daß der Tag für ihn mit einem Doppelerfolg gekrönt war. Reich an Zwischenfällen war das den Tag beschließende Favorite-Jagdrennen, indem von den elf gestarteten Pferden nicht weniger als fünf infolge des tiefen Geläufs und anhaltenden Regens geschürt sind, ohne jedoch ernsthafte Verletzungen für Pferd oder Reiter im Gefolge zu haben. Das Rennen konnte Tell vor der Osterreicherin Campana, die fast zwei Drittel des Rennens geführt hatte, sicher gewinnen.

D3. Greffern (Amt Bühl), 25. Aug. Im Alter von 80 Jahren verstarb hier Altbürgermeister Stolz. Er war von 1895 bis 1913 Bürgermeister, gehörte lange Jahre zum Bezirksrat und später der Kreisversammlung als Abgeordneter der Zentrumspartei an.

W3. Kehl, 26. Aug. Auf dem am hiesigen Grenzallbahnhöf eintreffenden Pariser Schnellzug wurden gleich zwei blinde Passagiere entdeckt, die sich auf der Wagendecke eines Personenzugwagens verdeckt hatten. Auf diese Weise haben sie den Weg von Marseille aus hierher zurückgelegt; hier ereilte sie ihr Schicksal. Sie wurden heruntergeholt und festgenommen.

Handel und Wirtschaft

Die deutschen Börsen eröffnen am 3. September. In der am Dienstag abgehaltenen Sitzung der Deutschen Börsenverbände erklärten sich die versammelten Börsenverbände für die Wiederaufnahme des amtlichen Börsenverkehrs am 3. September 1931, unter Beschränkung auf das reine Kassageschäft.

Generalversammlung der Motorenwerke Mannheim AG, vorm. Benz, Akt. stationärer Motorenbau. Die Regularien, so auch der Antrag des Vorstandes, den neuen Verlust von 377 870 RM, des bisherigen Verlustvortrags von 524 649 RM, also insgesamt 902 520 RM, auf neue Rechnung vorzutragen, wurden auf der Generalversammlung in Freiburg i. Br. debattelos ohne Widerspruch genehmigt. Die beiden turnusmäßig auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Konrad Nicolai-Karlsruhe, Handelskammerpräsident, und Staatssekretär a. D. Hermann Walther-Berlin, wurden wiedergewählt. An Stelle des Vertreters der Stadt Mannheim, Stadtrat Dr.-Ing. Paul Wittfad, der sein Mandat niederlegte, wurde Stadtrat August Kühn auf die Dauer des Mandates von Wittfad gewählt. In dem abgelassenen Geschäftsjahr sind Ing. Georg Dotterweid und Dr. Fritz Gebhardt aus dem Vorstand ausgeschieden und durch Kaufmann Wilhelm Gommel als ordentliches und Ing. Alfred Barthel als stellvertretendes Mitglied ersetzt worden.

Die Zahlungen eingestellt hat die Maschinenfabrik und Eisengießerei Saaler AG. in Teningen. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 805 000 RM.



Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Donnerstag, 27. August 1931

Gastspiel Rizza Seibold

Zum erstenmal:

Peppina

Operette von Robert Stolz

Dirigent: Bilger

Regie: Reifner

Rittwirte:
Leberer, Schöner, Janz,
Racher, Seibold, G. Löfer,
E. Ribbins
Anfang 20 Ende geg. 22%
Preise 1-4 RM

Fr. 28.8. Die lustige Witwe.
Sa. 29.8. Peppina. So.
30.8. Peppina.



STRASSENBAU-MATERIAL

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 34

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 197

26. August 1931

Das Arbeitslager

Das erste Arbeitslager in Baden ist in Egringen (Amt Vörrach) eingerichtet. Für die Dauer von vier Wochen sind dort seit 2. August 1931 60 junge Leute (35 Studenten und 25 Arbeitslose im Alter von 18 bis 25 Jahren) mit Erdbauarbeiten beschäftigt, die der Wiesenentwässerung in dieser hügeligen Gemarkung zwischen Schwarzwald und Basel dienen. Die technische Leitung hat das Kulturbauamt in Vörrach, während im übrigen das Lager sich ganz selbständig verhält. In der Wirtschaft eines Landes ist solche Arbeit nur ein kleines Werk und doch richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf diese Schar im Arbeitslager und man fragt nach Begründung und Ziel.

„Arbeitslager sind von der Jugend für die Jugend geschaffen.“ In der Arbeitsordnung unserer Zeit ist also das Arbeitslager etwas Neues. Seit mehreren Jahren schon sind in Schlesien und in der Schweiz Arbeitslager verschiedener Art durchgeführt worden. Sie galten als Vorbilder, nach denen die Studentenschaften der badischen Hochschulen eigene Lager einzurichten beschloßen.

Für den erst spät ins Berufsleben eintretenden Studenten ist es wichtig, schon während des Studiums in Zusammenhang mit allen Volksgruppen zu kommen, um daraus seine Haltung und Bildung lebendig zu entwickeln. Wenn nun die Anregung von den Studenten kam (und endlich war es einmal eine Sache, zu der sich die meisten einigten), so ist das Arbeitslager doch grundsätzlich gemeinsame Sache von Bauern, Arbeitern und Studenten. Durch die große Arbeitslosigkeit sind viele jungen Arbeiter und Angestellte für diesen Zweck frei. Wie bei den Lagern in anderen deutschen Landschaften wurden deshalb auch in Baden Arbeitslose aufgenommen, die dadurch wenigstens für einige Zeit Unterhalt und Gemeinschaft finden. Kraft Verordnung der Reichsregierung vom 28. Juli 1931 ist das Landesarbeitsamt in der Lage, durch Vermittlung der Arbeitsämter einen Kopfbeitrag für jeden Arbeiter zu geben. Wenn damit das Arbeitslager behördlich als freiwilliger Arbeitsdienst anerkannt wurde, so behält es doch seine unbedingte neutrale Eigenart als Unternehmen der Jugend. Dementsprechend wird auch nicht irgendeine Arbeit übernommen, sondern nur solche, die aus Geldmangel sonst nicht geleistet werden würde, obwohl sie volkswirtschaftlich wichtig ist. So trägt die Gemeinde Egringen diesmal nur die Verpflegungskosten. Das Material ist aus dem Westhilfsfonds bezahlt und die anderen Kosten werden aus den Kopfbeiträgen der Arbeitsämter einerseits und der gesamten Studentenschaften andererseits bestritten. Diese mit den Betriebsbetrieben nicht konkurrierende Arbeit auf dem Lande bringt es mit sich, den Teilnehmern die unmittelbare Beziehung zum Dorf zu geben. Das gegenseitige Kennenlernen bei enger Zusammenarbeit ist sehr wesentlich für den Zweck der Lager.

Darauf baut auch die geistige Arbeit auf. Für die Freizeit wurden drei Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen, von den Lebensschilderungen der einzelnen Teilnehmer ausgehend, Fragen unserer Zeit besprochen werden. Anregung dafür geben auch die Vorträge über „Aufgaben der südwestdeutschen Grenzlande“. Bisher haben Prof. Brinmann, Heidelberg, Direktor v. Engelberg, Karlsruhe und Justizrat Grimm, Vörrach gesprochen, danach wird noch ein Gewerkschafter Vortrag halten.

In der überparteilichen Aussprache von Mensch zu Mensch, innerhalb der zu persönlicher Lauterkeit verpflichtenden und erziehenden Lagergemeinschaft wird die Solidarität aller Volks- und Landesaufgaben besonders deutlich erkennbar. Durch solche Begegnung kann in den Menschen die Bereitschaft geweckt werden, welche für Stadt und Land, Arbeiter und Betrieb, Akademiker und Volk neue Beziehungen begründet. Dies ist ein Weg, auf dem die Jugend sich gemeinsam auf ihre gewiß nicht kampflösen Lebensaufgaben vorbereiten will. Die Arbeitslager kommen dadurch in wechselseitige Beziehungen zu den Schulen: Berufsschulen, landwirtschaftlichen Winterschulen und vor allem Volkshochschulen.

Doch nicht nur für das Arbeitsleben, sondern auch über die Arbeit hinaus kann dies Zusammenleben neue Formen schaffen. Hierfür hat das erste Lager, dem im September ein zweites folgt, Gutes gewirkt. Die Gemeinde Egringen erkennt schon jetzt an, daß die Arbeit fleißig verrichtet wird, aber sie freut sich auch an der fröhlichen Art des Singens, des Spiels und Sports, der Gespräche. Bei kirchlichen Feiern, bei Vorträgen und Aussprachen und bei den Mahlzeiten, die von den Lagerleuten in den einzelnen Bauernhäusern eingenommen werden, haben die Gemeindeglieder (vor allem ihr tatkräftiger Bürgermeister Schöpferer) und die Lagerleiter sich kennen und achten gelernt. Dank dafür gebührt auch den studentischen Leitern Greiff und Wächle.

Wenn die ersten badischen Arbeitslager beendet sein werden, wird man sagen dürfen, daß nützliche Arbeiten verrichtet, menschliche Freundschaften geschlossen und wichtige Fragen erörtert worden sind. Jeder Teilnehmer

wird erkannt haben, was seine Arbeit im Leben der Gesamtheit bedeutet und wie über die Arbeit hinaus das Leben geformt werden kann. Vertreter von Regierungsbehörden und Berufsorganisationen haben das Lager besucht. Möge man überall im Land den Arbeitslagern, die in den kommenden Jahren in andern Landschaften Badens stattfinden werden, förderndes Wohlwollen schenken.

Fritz Fran.

Gollen alte Holzfachwerke freigelegt werden?

Die Merkblätter des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege in München enthalten die nachstehenden, besonders begrüßenswerten Darlegungen über das Freilegen von alten Holzfachwerken, die auch für Baden außerordentliche Bedeutung haben. Dem Landesverein Badische Heimat, Sitz Freiburg i. Br., gelang es im Verein mit seinen zahlreichen Helfern im ganzen Land, aber auch dank der immerwährenden Unterstützung der maßgebenden behördlichen Stellen, wertvolle alte Fachwerkbauten wiederherzustellen. Was dabei für einzelne Orts- und Straßenschnitte an wirklicher Schönheit herauskam, muß der geneigte Leser auf seinen Wanderungen im badischen Lande selbst feststellen. Er wird überrascht sein, in Wertheim, Buchen und vor allem in Rosbach, aber auch in Eberbach, Eppingen, Bretten, Laub, wo sich künstlerischer Wertschöner besonders verdient macht, bis hinab an den Bodensee nach Überlingen und Pfalldorf, was wiedererstanden kann bei sachverständiger Freilegung. Allerdings liegen auch Gegenbeispiele vor, die beweisen, daß es besser gewesen wäre, das Holzfachwerk wieder mit einem guten Putz zu versehen. Daher ist die grundsätzliche Einstellung des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege auch für die badischen Verhältnisse durchaus beachtenswert.

„Die allgemeinen Bestrebungen des Heimatschutzes und ein an sich anerkennenswerter Eifer, auch kleinere, bürgerliche Wandermäler wieder in ihren ursprünglichen Zustand zu versetzen, nicht zuletzt auch ein schöner Stolz auf den eigenen historischen Besitz, haben in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, daß an einer Anzahl von öffentlichen und privaten Gebäuden das alte Holzfachwerk vom verbedenden Verputz befreit und bloßgelegt worden ist, in der Annahme, daß alle alten Fachwerke ursprünglich offenliegend waren. Diese Annahme ist jedoch ein Irrtum.“

Man muß bedenken, daß in den Jahrhunderten, in denen Steinhäuser überhaupt noch selten waren, das Fachwerk die allgemeine Konstruktionsform für die Hausmauer darstellte, und daß zu seiner Wahl rein technische und keine künstlerischen Gesichtspunkte führten. Dies ergibt ja auch daraus, daß in jenen Zeiten auch die Zwischengänge des Hauses als Fachwerkkonstruktion hergestellt wurden. Lediglich in den Fällen, in denen ausgeprochene Dekorationsabsichten von vornherein bestanden, hat man mit der an sich gegebenen Konstruktionsart gewisse Funktionen verbunden und das Holzfachwerk — manchmal in ganz besonderer Weise, manchmal außerordentlich reich — als Zielform ausgebildet. In den übrigen Fällen hat man auch in der Zeit der Gotik und Renaissance schon vielfach die Fachwerke mit einer schützenden Putzhaut überzogen, die man allerdings — besonders bei einfacheren, ländlichen Gebäuden — wohl aus Gründen der Sparfamkeit gelegentlich auch wegließ. Aus diesen Jahrhunderten sind nur mehr verhältnismäßig wenige Fachwerkbauten erhalten. Die meisten auf uns überkommenen Fachwerke stammen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Für das Architekturgefühl des 18. Jahrhunderts oder gar des Klassizismus war das feine Wesen nach doch malerische Fachwerk vielfach nur mehr ein notwendiges Übel (wenn Stein zu teuer war) oder geradezu ein Greuel. Die in jenen späteren Jahrhunderten errichteten Fachwerke waren also mit geringen, besonders gelagerten Ausnahmen von Anfang an verputzt, ja manchmal sogar mit Stuckdekorationen überzogen und weisen demgemäß keinerlei Zielformen mehr auf. Derartige Fachwerke sind oft leicht daran zu erkennen, daß die Fenster mit hölzernen, auf dem Verputz sitzenden Brettkramen versehen sind (die bei Freilegung zum Unfug werden).

Es sollte deshalb als Grundsatz gelten, daß nur solche Fachwerke freigelegt werden, die von Anfang an für Sichtbarkeit bestimmt und in ihrer Gestaltung darauf berechnet waren. Dazu kommt ein zweites. Viele Fachwerke, besonders die älteren, sind in späterer Zeit verändert worden, meist durch Einschneiden größerer Fenster, und haben so oft ihre harmonische Erscheinung verloren, weil ihr architektonischer Maßstab verändert wurde. Derartige Fachwerke wurden meist gleichzeitig mit ihrer konstruktiven Änderung verputzt und sollten unter diesem Verputz auch nicht vorgeholt werden, selbst wenn sie in ihrem ursprünglichen Zustande für Sichtbarkeit berechnet waren und einzelne Zielformen noch vorhanden sein sollten.

Ein dritter Gesichtspunkt ist der, daß auf das Gesamtbild der Straße Rücksicht genommen werden muß. Fachwerke haben ihrem Wesen nach eine unruhige Erscheinung, die oft wohl sehr reizvoll sein kann, wo sie am Platze ist, die aber auf der anderen Seite auch ein sonst ruhiges Straßenschild empfindlich stören, ja geradezu sprengen kann. In solchen Fällen wäre auch ein Fachwerk, das an sich freigelegt werden könnte, aus Rücksicht auf die übergeordnete Gesamterscheinung unter dem bedeckenden Putz zu lassen. Sehr häufig waren lediglich die in Höhe des Stockwerkbodens liegenden Überhangschwelle, in welche die Stockwerkballen eingezapft waren, freiliegend, während das übrige Fachwerk, das Rahmen- und Ständerwerk, verputzt war. In diesem Falle zogen sich also lediglich die oft reich profilierten Überhangschwelle als tragende (wie Konsolen wirkende) horizontale Holzanker durch die glatten Verputzflächen. Bei alten Originalfachwerken lag der Verputz stets hübnig mit der Fachwerkoberfläche. Wenn bei Fachwerken die Ausmauerung hübnig mit der Oberkante liegt, kann man fast mit absoluter Sicherheit annehmen, daß sie von allem Anfang an verputzt waren.

Fachwerke freizulegen, die nur konstruktiven Zwecken dienen und von Anfang an verputzt waren, ist kaum anders, als wenn man einem Menschen die Haut abziehen wollte, um die Muskulatur oder das Skelett zu zeigen.

Der Landesverein Badische Heimat, Freiburg i. Br., ist durch seinen Sachverständigenausschuß für Heimatschutz und

Denkmalspflege jederzeit zur gutachtlichen Beratung bereit. Die Verständigung muß allerdings rechtzeitig erfolgen, nicht erst (wie schon oft), wenn das Haus bereits eingerüstet ist. Naturgemäß ist die Frage, ob ein altes Holzfachwerkhaus wieder freigelegt werden soll, jeweils von Fall zu Fall zu entscheiden. Wenn es sich um besonders markante, seltene Fachwerkkonstruktionen handelt, ist die Freilegung geboten, auch wenn die an sich erwünschte farbige Einheitlichkeit eines Straßenschnittes dadurch in etwas gestört wird. Der künstlerische und historische Gewinn ist dann doch größer als das geringe Opfer hinsichtlich der Einheitlichkeit der Farbe und des Baumaterials in der betreffenden Straße. Aber auch bei den in konstruktiver Hinsicht nicht so sehr einmaligen, sondern vielmehr mehr konventionellen Fachwerkhäusern späterer Zeit kann sehr wohl die Freilegung berechtigt erscheinen, wenn es sich um Gebäude handelt, die nicht in Reih und Glied mit der Straßenvandung, sondern etwa als Zielpunkt einer Straße oder überhaupt irgendwie in einer städtebaulich wichtigen Blickrichtung stehen.

Wir empfehlen also obiges Merkblatt des Bayerischen Landesamtes nachdrücklich, halten aber von Fall zu Fall eine Nachprüfung durch unsere Sachverständigen für geboten, zumal die Erforschung des Fachwerkbaues in Baden nach sogenannten „alemannischen“ und „fränkischen“ Gemächten noch der eingehenderen Bearbeitung bedarf.

Die badische Volksschule

Das unter diesem Titel erschienene Werk des Geh. Rats Dr. Franz Schmidt, vormaligen Ministerialdirektors im badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts, liegt nunmehr in zweiter, neu bearbeiteter Auflage vollständig vor. (Verlag Volk in Karlsruhe, 1152 Seiten, gebunden 39 M., im Sammelbezug 36 M.). War schon die erste Auflage infolge ihrer Zuverlässigkeit und Vielseitigkeit hinsichtlich der Orientierung in allen die Volksschule berührenden Fragen in kurzer Zeit begriffen, so stellt die zweite Auflage sowohl in der sachlichen Behandlung und Anordnung des Inhalts, als auch in der äußeren Form ein neues Buch dar. Ausgehend von der geschichtlichen Entwicklung des Schulwesens unseres Landes, behandelt es das badische Schulgesetz (1910) mit seinen Änderungen bis heute, die verfassungsrechtlichen Bestimmungen der Schule, die Leitung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens, die Schulordnung, die gesundheitliche und soziale Fürsorge, den Unterrichtsplan, die einzelnen Unterrichtsgegenstände, die Lehrer der Volksschule, die nichtstaatlichen Lehr- und Erziehungsanstalten, das Bildungswesen der nichtvollständigen Kinder und schließlich mit einem Nachtrag über die neuesten gesetzlichen Bestimmungen.

In sachlicher Beziehung haben in der neuen Auflage die Erläuterungen nach Umfang und Inhalt eine bedeutende Erweiterung erfahren und sind unter Beibehaltung der dem Verfasser eigenen, ruhig abwägenden Art vielfach vertieft worden. Durch Einbeziehung schulrechtlicher Bestimmungen der Bundes- und Reichsverfassung, des Reichsgrundschulgesetzes und des Reichsschulgesetzes über die religiöse Kindererziehung sowie der Verhandlungen zur Schaffung eines Reichsschulgesetzes regen sie auch zum Quellenstudium einschlägiger Schulfragen an. In formaler Hinsicht sind die Anmerkungen zu den Paragraphen systematisch geordnet und nummeriert. Ein eingehendes Sachregister fördert und erleichtert den Gebrauch. Der Verlag hat durch sorgfältigen und klaren Druck und gutes Papier den ihm gebührenden Anteil an dem Gelingen der bedeutungsvollen Arbeit.

Wie die Persönlichkeit des Verfassers ein Werk erwarten, das das Ergebnis einer fast ein halbes Jahrhundert umfassenden, führenden Tätigkeit im Schulwesen und einer ungeläuterten Erfahrung ist, so wurde diese Erwartung in jeder Hinsicht voll erfüllt. „Die badische Volksschule“ ist zu einem Schulkommentar geworden, der einzig in Deutschland dasteht und das Nachschlagewerk in Schulfragen schlechthin werden dürfte, unentbehrlich für jeden Schulmann und jede Ortschulbehörde, aufschlußreich, aber auch für alle Verwaltungsbehörden, die Gerichte und die interessierte Öffentlichkeit.

Stadtoberschuldirektor Hofmann.

Das Land der tausend Serienfreunden

Wir sind heute in allen Dingen so ungemein praktisch und sachlich geworden; sogar die Vergnügen und Vorzüge der Ferien werden, so gern auf eine sachlich betonte Art sich und anderen klar gemacht. Man spricht von den Heilwerten der Gebirgsregionen, von der Reizwirkung der ultravioletten Höhenstrahlung auf den menschlichen Organismus, von der Verfrischung der Herzen in der reinen Atmosphäre der Schwarzwaldhöhen und von der erneuernden und erfrischenden Wirkung der staub- und feinstreuen Waldluft auf die menschlichen Atmungsorgane. Es ist so, als ob man selbst nicht zugeben wollte, daß man sich auch ganz unsachlich und subjektiv in einer reinen Kinderfreude, im unbekümmerten Genuß all der Vergnügungen und Schönheiten, welche die Ferien und der Aufenthalt im landschaftlich prächtig von Wald und Berg und Wasser und Fels gebildeten Badenland und seinem Schwarzwald schenken, so recht von Herzen erholen kann. Das ist aber gerade der tiefe Einbruch, der beim Durchblättern der August-Ausgabe der Verkehrs- und Heimatzeitschrift des Badischen Verkehrsverbandes „Badenland-Schwarzwald“ dem Leser bleibt: Wie schön hat Gott die Landschaften dieses Landes geschaffen, wie anmutig sind seine Dörfer und Städte, wie anheimelnd die typischen Häuser des Schwarzwaldes und wie malerisch und formenschön die bunten Trachten seiner Bewohner. Für jene sachlich eingestellten Menschen plaudert Dr. R. Martell von den Vorzügen des Gebirges als Heilfaktor, ein wertvoller Aufsatz für alle diejenigen, welche ihre eigene Gesundheit sachgemäß pflegen und erhalten wollen. Die tiefinnerlichen Impressionen, die der Schwarzwald aber seinen Besuchern gibt, schildert Heinrich Tempel und bringt mit seinen Worten manche Seite in unseren Herzen zum Klingen. Den bevorstehenden Kennen zu Baden-Baden, wie auch Heidelbergs berühmter Schlossbeleuchtung sind Wort und Bild gewidmet. So recht ursprünglich zeigen die Bilder der Zeit die Ferienfreunden im badischen Land, außerdem u. a. die Jubiläumstagung des Badischen Verkehrsverbandes und Dittgenheimers Volksschauspiele. Die Zeitschrift ist als Probenummer durch den Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, kostenlos erhältlich.

Druck G. Braun, Karlsruhe.